

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	10. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	27. April 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

15.

Punkt 13 der Tagesordnung: Anfrage der Stadträtinnen Doris Baitinger, Gisela Fischer und Elke Ernemann (SPD) vom 10. März 2010:

Wiederbesetzungssperren in Fällen von Schwangerschaft und Elternzeit

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13, Vorlage Nr. 362, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Ich hätte drei Ergänzungsfragen:

1. Erhält die Stadtverwaltung für ihre Beschäftigten, die sich im Mutterschutz befinden, Rückzahlungen aus der U2-Umlage?
2. Verstehe ich es richtig, dass durch die Anrechnung der Mutterschutzfrist in der Zeitdauer der Wiederbesetzungssperre immerhin noch eine Restdauer bei Pflichtaufgaben von 2,5 Monaten und bei freiwilligen Aufgaben von 5,5 Monaten verbleibt?
3. Herr Oberbürgermeister, sind Sie auch der Auffassung, dass die positive Entscheidung für ein Kind und der damit verbundene Mutterschutz nicht zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen in den Fachämtern gehen darf?

Der Vorsitzende: Die erste und zweite Frage werden wir schriftlich beantworten. Bei der dritten Frage sage ich Ihnen, es gibt auch andere Fälle, bei denen wir bei einer

Wiederbesetzungssperre sagen müssen, das ist der Preis dessen, dass wir im Personalsektor auch einsparen wollen. Sie wissen und haben der Vorlage entnommen, dass wir lediglich 35 % bei der Wiederbesetzungssperre haben. Alles andere ist schon ausgenommen. Dort, wo es nicht geht, machen wir es auch nicht. Wir haben in der Antwort auch geschrieben, dass wir es flexibel handhaben. Ich bitte Sie doch zu berücksichtigen, dass wir dieses Instrument der Wiederbesetzungssperre, das wir aus Einsparungsgründen für notwendig halten, natürlich nicht dort einsetzen, wo es uns schadet, sprich: wo Aufgaben erledigt werden müssen, wo die Einnahmen höher sind als eventuelle Ausfälle, die wir damit zu verzeichnen hätten usw. Es wird also flexibel gehandhabt. Dort, wo es nicht möglich ist, wird es auch nicht gemacht.

Das andere, das Sie jetzt angesprochen haben: Unter Einberechnung dieser Zeiten heißt natürlich eine Verkürzung der Wiederbesetzungssperre.

Beschluss: Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Verteiler (mit Stellungnahme)
Ratsinformationssystem
Personal- und Organisationsamt
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -
11. Juni 2010